

Allgemeine Verkaufsbedingungen

Für Verbraucher und Unternehmer | Neuwaren und Sonderanfertigungen

Buwalda Landmaschinengroßhandel GmbH
Im Gewerbegebiet 11, 26817 Rhaderfehn, Deutschland
Telefon: +49 4952 808920 | E-Mail: info@landmaschinen-buwalda.de

§ 1 Geltungsbereich und Vertragspartner

(1) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen (AGB) gelten für Verträge über den Verkauf und die Lieferung neuer Waren einschließlich auf Kundenwunsch herzustellender beweglicher Sachen zwischen der Buwalda Landmaschinengroßhandel GmbH (wir) und unseren Kunden. Bestellungen sind vor Ort, telefonisch und per E-Mail möglich. Montageleistungen sind nicht Gegenstand dieser AGB.

(2) Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB). Unternehmer ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 BGB).

(3) Besondere Regelungen für Unternehmer gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Abweichende Geschäftsbedingungen dieser Kunden gelten nur, soweit wir ihrer Geltung zugestimmt haben. Individuelle Vereinbarungen haben stets Vorrang, auch wenn sie mündlich getroffen wurden.

(4) Die Einbeziehung dieser AGB erfolgt bei Vertragsschluss nach den gesetzlichen Vorschriften. Eine spätere Übersendung ersetzt die erforderliche vorherige Einbeziehung nicht. Änderungen dieser AGB ändern bereits geschlossene Verträge nicht automatisch.

§ 2 Angebote und Vertragsschluss

(1) Unsere Angebote sind unverbindlich, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet sind. Maßgeblich für Art, Umfang und Beschaffenheit der Lieferung sind die getroffenen Vereinbarungen; gesetzliche Anforderungen an die Ware bleiben unberührt.

(2) Bei einem unverbindlichen Angebot gibt der Kunde mit seiner Bestellung ein verbindliches Vertragsangebot ab. Wir können es innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Zugang durch ausdrückliche Annahmeerklärung oder Lieferung annehmen. Arbeitstage sind Montag bis Freitag, ausgenommen gesetzliche Feiertage an unserem Geschäftssitz. Eine bloße Eingangsbestätigung ist keine Annahme. Nach Fristablauf ist der Kunde nicht mehr an seine Bestellung gebunden.

(3) Ein Vertrag kann vor Ort oder telefonisch auch unmittelbar durch übereinstimmende Erklärungen geschlossen werden. Bei einem ausdrücklich verbindlichen Angebot gelten die darin bezeichneten Annahmebedingungen. Gesetzliche Informations- und Bestätigungspflichten gegenüber Verbrauchern erfüllen wir zusätzlich.

(4) Bei Fernabsatzverträgen erhalten Verbraucher die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen vor Abgabe ihrer Vertragserklärung und eine Vertragsbestätigung auf einem dauerhaften Datenträger, zum Beispiel per E-Mail, innerhalb angemessener Frist nach Vertragsschluss, spätestens bei Lieferung. Die Vertragssprache ist Deutsch, soweit nichts anderes vereinbart wird.

Preise, Zahlung und Lieferung

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Es gelten die bei Vertragsschluss vereinbarten Preise. Gegenüber Verbrauchern werden Gesamtpreise einschließlich der jeweils anfallenden gesetzlichen Umsatzsteuer angegeben. Gegenüber Unternehmern verstehen sich ausdrücklich als Nettopreise bezeichnete Preise zuzüglich der jeweils anfallenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

(2) Zusätzliche Versand-, Liefer- und sonstige Kosten werden vor Vertragsschluss mitgeteilt. Ist eine vorherige Berechnung vernünftigerweise nicht möglich, informieren wir Verbraucher vor ihrer Vertragserklärung darüber, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können, und über die Berechnungsgrundlage. Eine Versandkostenpauschale von 50 EUR gilt nur, wenn sie vor Vertragsschluss ausdrücklich vereinbart wurde; sie gilt nicht automatisch für jede Bestellung.

(3) Bei Lieferungen ins Ausland werden Lieferland, Lieferbedingungen, Lieferkosten und gegebenenfalls anfallende Einfuhrabgaben vor Vertragsschluss geklärt. Zölle, Einfuhrumsatzsteuer oder Abfertigungsgebühren trägt der Kunde nur, soweit dies wirksam vereinbart und gesetzlich zulässig ist. Gesetzliche Informationspflichten und zwingende Verbraucherrechte bleiben unberührt.

(4) Soweit nichts anderes vereinbart wird, ist der Kaufpreis innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung und Erhalt der Ware zu zahlen; maßgeblich ist das spätere Ereignis. Vorkasse, Anzahlungen oder abweichende Zahlungsziele bedürfen einer Vereinbarung vor Vertragsschluss. Ein bereits vereinbartes Zahlungsziel ändern wir nicht einseitig.

(5) Zahlungsverzug, Verzugszinsen und der Ersatz von Verzugschäden richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Bei Verbrauchern tritt insbesondere kein Verzug allein wegen Ablaufs von 30 Tagen ein, wenn der gesetzlich erforderliche besondere Hinweis fehlt. Einwendungen wegen Mängeln sowie gesetzliche Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte bleiben erhalten.

§ 4 Lieferung, Lieferzeit und Gefahrübergang

(1) Liefertermin, Lieferanschrift, Versand oder Abholung sowie die jeweiligen Kosten werden im Einzelfall vereinbart. Lieferungen außerhalb Deutschlands sind nach Vereinbarung möglich. Gegenüber Verbrauchern nennen wir vor Vertragsschluss den Termin oder Zeitraum, bis zu dem wir die Ware liefern. Ohne abweichende Vereinbarung gelten die gesetzlichen Lieferfristen, bei Verbrauchsgüterkäufen insbesondere § 475 Abs. 1 BGB.

(2) Bei erkennbaren Lieferhindernissen informieren wir den Kunden unverzüglich. Eine Terminmitteilung verlängert eine verbindlich vereinbarte Lieferfrist nicht automatisch. Rechte bei Verzögerung, Unmöglichkeit und Rücktritt sowie die Erstattung bereits geleisteter Zahlungen richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Eine Mahnung ist nur erforderlich, soweit das Gesetz sie verlangt.

(3) Bei Verbrauchern geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung grundsätzlich erst mit Übergabe der Ware an den Verbraucher oder einen von ihm benannten Empfänger über. Die gesetzliche Ausnahme für einen vom Verbraucher selbst beauftragten und von uns nicht zuvor benannten Beförderer bleibt unberührt (§ 475 Abs. 2 BGB).

(4) Gegenüber Unternehmern geht beim Versendungskauf die Gefahr nach § 447 BGB mit Übergabe an die zur Versendung bestimmte Person über. Bei vereinbarter Abholung gelten die gesetzlichen Vorschriften. Teillieferungen erfolgen nur nach Vereinbarung oder wenn sie dem Kunden zumutbar sind und keine zusätzlichen Versandkosten verursachen.

(5) Bei Annahmeverzug oder einer vom Kunden zu vertretenden Verzögerung können wir nur nach den gesetzlichen Voraussetzungen Ersatz der tatsächlich ersatzfähigen Schäden und Mehraufwendungen verlangen. Eine tägliche Lagerkosten- oder Schadenspauschale wird nicht vereinbart.

Eigentum und Sonderanfertigungen

§ 5 Eigentumsvorbehalt

(1) Gegenüber Verbrauchern bleibt die Ware bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises aus dem jeweiligen Kaufvertrag unser Eigentum. Gegenüber Unternehmern behalten wir uns das Eigentum bis zur vollständigen Erfüllung aller gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus der laufenden Geschäftsbeziehung vor.

(2) Vor Eigentumsübergang darf die Ware nicht verpfändet oder zur Sicherheit übereignet werden. Der Kunde informiert uns unverzüglich über Pfändungen und sonstige Zugriffe Dritter auf die Vorbehaltsware, soweit ihm diese bekannt werden.

(3) Bei vertragswidrigem Verhalten, insbesondere Nichtzahlung, können wir nach den gesetzlichen Voraussetzungen vom Vertrag zurücktreten. Die Herausgabe allein aufgrund des Eigentumsvorbehalts verlangen wir erst nach erklärtem Rücktritt (§ 449 Abs. 2 BGB). Erforderliche Fristsetzungen und gesetzliche Ausnahmen bleiben unberührt.

(4) Nur für Unternehmer gilt ergänzend: Der Kunde darf Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiterverkaufen oder verarbeiten. Zur Sicherung tritt er uns bereits jetzt die Forderungen aus dem Weiterverkauf der Vorbehaltsware ab; wir nehmen die Abtretung an. Bei Weiterverkauf zusammen mit anderen Waren beschränkt sich die Abtretung auf den Rechnungswert unserer Vorbehaltsware einschließlich Umsatzsteuer.

(5) Bei Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung durch einen Unternehmer erstreckt sich die Sicherung auf das neue Erzeugnis. Soweit gesetzlich möglich, erfolgt die Verarbeitung für uns als Hersteller. Entstehen Rechte Dritter, erwerben wir Miteigentum im Verhältnis des Rechnungswerts unserer Ware zu den Rechnungswerten der anderen verwendeten Waren im Zeitpunkt der Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung. Der Unternehmer verwahrt unser Allein- oder Miteigentum für uns.

(6) Der Unternehmer bleibt zur Einziehung der abgetretenen Forderungen ermächtigt. Wir widerrufen diese Ermächtigung und die Befugnis zur Weiterveräußerung nur bei berechtigtem Sicherungsinteresse, insbesondere bei Zahlungsverzug oder Gefährdung unseres Zahlungsanspruchs. Dann muss der Unternehmer die zur Einziehung erforderlichen Angaben und Unterlagen herausgeben und die Abtretung auf Verlangen seinen Schuldnern mitteilen. Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten die gesicherten Forderungen um mehr als 10 Prozent, geben wir auf Verlangen Sicherheiten nach unserer Wahl frei.

§ 6 Sonderanfertigungen und Kundenangaben

(1) Bei Sonderanfertigungen werden insbesondere Maße, Ausstattung, technische Spezifikationen und die geschuldete Beschaffenheit vor Vertragsschluss festgelegt. Der Kunde muss von ihm bereitzustellende Angaben und Unterlagen richtig und vollständig übermitteln. Unsere eigenen gesetzlichen Prüf-, Hinweis-, Beratungs- und Leistungspflichten bleiben unberührt.

(2) Änderungen nach Vertragsschluss einschließlich ihrer Auswirkungen auf Preis und Lieferzeit bedürfen einer Vereinbarung. Eine Freigabe von Zeichnungen oder Spezifikationen durch den Kunden ersetzt keine Vereinbarung über einen Verzicht auf gesetzliche Mängelrechte.

(3) Auch für Sonderanfertigungen gelten die gesetzlichen Mängelrechte. Ein Ausschluss des Verbraucherwiderrufs kommt nur unter den Voraussetzungen des § 312g Abs. 2 Nr. 1 BGB in Betracht; die bloße Bezeichnung als Sonderbestellung genügt nicht. Wir informieren den Verbraucher vor Abgabe seiner Vertragserklärung, wenn ein gesetzlicher Ausschluss vorliegt.

(4) Ein allgemeiner Ausschluss gesetzlicher Kündigungsrechte wird nicht vereinbart. Soweit bei der Herstellung nicht vertretbarer beweglicher Sachen die §§ 650, 648 BGB anwendbar sind, richten sich Kündigung und Vergütung nach diesen gesetzlichen Vorschriften.

Mängelrechte und Haftung

§ 7 Gesetzliche Mängelrechte und Verjährung

- (1) Bei Sach- und Rechtsmängeln gelten die gesetzlichen Vorschriften. Maßgeblich sind insbesondere die vereinbarte Beschaffenheit sowie die gesetzlichen subjektiven Anforderungen, objektiven Anforderungen und Montageanforderungen nach § 434 BGB. Soweit Waren digitale Elemente enthalten, bleiben die hierfür geltenden gesetzlichen Rechte einschließlich etwaiger Aktualisierungspflichten unberührt.
- (2) Der Käufer kann im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels oder Lieferung einer mangelfreien Ware wählen. Gesetzliche Verweigerungsrechte bleiben bestehen. Wir tragen die gesetzlich von uns zu tragenden erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie gegebenenfalls Aus- und Einbaukosten nach § 439 BGB.
- (3) Verbraucher müssen die Ware nicht nach kaufmännischen Regeln untersuchen oder innerhalb einer bestimmten Frist Mängel anzeigen. Eine freiwillige zeitnahe Mitteilung erleichtert die Bearbeitung, ist aber keine Voraussetzung ihrer Rechte. Nur bei einem für beide Seiten vorliegenden Handelsgeschäft gelten die gesetzlichen Untersuchungs- und Rügepflichten, insbesondere § 377 HGB; zusätzliche pauschale Ausschlussfristen werden nicht vereinbart.
- (4) Verbraucher haben Anspruch auf Nacherfüllung innerhalb einer angemessenen Frist ab Mitteilung des Mangels und ohne erhebliche Unannehmlichkeiten. Gesetzliche Vorschussansprüche für erforderliche Aufwendungen bleiben unberührt. Soweit zeitlich anwendbar, informieren wir Verbraucher vor der Nacherfüllung über ihr Wahlrecht und die einmalige Verlängerung der ursprünglichen Verjährungsfrist um zwölf Monate bei Nachbesserung (§ 475 Abs. 4, § 475e Abs. 5 BGB). Gesetzliche Übergangsvorschriften gelten fort.
- (5) Rücktritt, Minderung, Schadensersatz, Ersatz vergeblicher Aufwendungen und die Voraussetzungen, unter denen eine Fristsetzung entbehrlich ist, richten sich nach dem Gesetz. Das gilt insbesondere für die Sondervorschriften zum Verbrauchsgüterkauf. Die gesetzlichen Beweislastregelungen, insbesondere § 477 BGB, bleiben unberührt.
- (6) Es gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen. Die regelmäßige kaufrechtliche Frist für Mängelansprüche bei Neuwaren beträgt grundsätzlich zwei Jahre ab Ablieferung; gesetzliche längere Fristen, Sonderregelungen und Ablaufhemmungen bleiben unberührt. Eine pauschale Verkürzung auf ein Jahr wird auch gegenüber Unternehmern nicht vereinbart. Gesetzliche Lieferantenregressansprüche nach §§ 445a, 445b und 478 BGB werden nicht ausgeschlossen.
- (7) Garantien bestehen nur, wenn sie ausdrücklich eingeräumt wurden. Sie gelten nach ihren jeweiligen Garantiebedingungen und schränken die gesetzlichen Mängelrechte nicht ein.

§ 8 Haftung

- (1) Gegenüber Verbrauchern haften wir nach den gesetzlichen Vorschriften ohne die nachfolgend nur für Unternehmer vorgesehenen Beschränkungen.
- (2) Gegenüber Unternehmern haften wir unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei arglistigem Verschweigen eines Mangels, im Umfang einer übernommenen Garantie sowie nach dem Produkthaftungsgesetz und sonstigen zwingenden gesetzlichen Haftungsbestimmungen.
- (3) Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir gegenüber Unternehmern für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Vertragsdurchführung erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf, begrenzt auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden. Im Übrigen ist die Haftung für einfache Fahrlässigkeit gegenüber Unternehmern ausgeschlossen. Absatz 2 bleibt unberührt.
- (4) Die gegenüber Unternehmern wirksamen Beschränkungen gelten entsprechend für unsere gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen. Ansprüche aus der DSGVO werden durch diese Haftungsregelungen nicht beschränkt.

Widerruf und Schlussbestimmungen

§ 9 Widerrufsrecht für Verbraucher

(1) Verbrauchern steht bei Fernabsatzverträgen im Sinne von § 312c BGB, insbesondere bei entsprechend organisierten Bestellungen ausschließlich per Telefon oder E-Mail, sowie bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen grundsätzlich ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Voraussetzungen, Frist, Ausübung und Folgen ergeben sich aus der gesonderten Widerrufsbelehrung.

(2) Für unmittelbar in unseren Geschäftsräumen geschlossene Kaufverträge besteht grundsätzlich kein gesetzliches Widerrufsrecht. Gesetzliche Sonderfälle bleiben unberührt. Unternehmen wird durch diese AGB kein freiwilliges Widerrufsrecht eingeräumt.

(3) Das Widerrufsrecht besteht insbesondere nicht bei Waren, die nicht vorgefertigt sind und für deren Herstellung eine individuelle Auswahl oder Bestimmung durch den Verbraucher maßgeblich ist, oder die eindeutig auf dessen persönliche Bedürfnisse zugeschnitten sind (§ 312g Abs. 2 Nr. 1 BGB). Ob diese Ausnahme greift, beurteilt sich nach den tatsächlichen Umständen; eine übliche Auswahl aus Standardvarianten genügt nicht ohne Weiteres.

(4) Im Fall eines gesetzlichen Widerrufs trägt der Verbraucher die unmittelbaren Rücksendekosten nur, wenn er hierüber vor Abgabe seiner Vertragserklärung ordnungsgemäß informiert wurde. Bei nicht normal mit der Post rücksendbaren Waren wird die Höhe der Kosten oder, falls erforderlich, eine sachgerechte Höchstkostenschätzung vor Vertragsschluss mitgeteilt. Gesetzliche Fälle einer Kostentragung oder Abholung durch uns bleiben unberührt. Kosten im Rahmen gesetzlicher Mängelrechte richten sich dagegen nach § 7.

§ 10 Datenschutz und Verbraucherstreitbeilegung

(1) Personenbezogene Daten werden nach den geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Datenschutzhinweise werden gesondert bereitgestellt; diese AGB enthalten keine Einwilligung in Werbung oder eine darüber hinausgehende Datenverarbeitung.

(2) Wir sind weder bereit noch verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen. Gesetzlich vorgeschriebene Informationen nach Entstehen einer Streitigkeit, insbesondere nach § 37 VSBG, bleiben unberührt.

§ 11 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

(1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Gegenüber Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur insoweit, als ihnen dadurch nicht der Schutz zwingender Vorschriften des ohne Rechtswahl anwendbaren Rechts entzogen wird. Insbesondere bleiben die nach Artikel 6 der Rom-I-Verordnung gegebenenfalls maßgeblichen zwingenden Schutzvorschriften ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates erhalten.

(2) Ist der Kunde Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, wird, soweit gesetzlich zulässig, der Gerichtsstand an unserem Geschäftssitz in Rhaderfeln vereinbart. Wir können auch am allgemeinen Gerichtsstand des Kunden klagen. Die bloße Unternehmereigenschaft ohne Kaufmannseigenschaft genügt für diese Vereinbarung nicht.

(3) Für Verbraucher gelten die gesetzlichen Gerichtsstände. Zwingende ausschließliche Zuständigkeiten sowie vorrangige europäische oder internationale Vorschriften bleiben in allen Fällen unberührt. Bei Unwirksamkeit einzelner Klauseln gelten die gesetzlichen Folgen, insbesondere § 306 BGB.

Widerrufsbelehrung

Für Verbraucher bei widerruflichen Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen über Waren

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die Ware in Besitz genommen haben bzw. hat. Bei mehreren Waren, die Sie im Rahmen einer einheitlichen Bestellung bestellt haben und die getrennt geliefert werden, ist der Erhalt der letzten Ware maßgeblich. Bei einer Ware, die in mehreren Teilsendungen oder Stücken geliefert wird, ist der Erhalt der letzten Teilsendung oder des letzten Stücks maßgeblich.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Buwalda Landmaschinengroßhandel GmbH, Im Gewerbegebiet 11, 26817 Rhaderfehn, Deutschland, Telefon: +49 4952 808920, E-Mail: info@landmaschinen-buwalda.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. eines mit der Post versandten Briefes oder einer E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Wir können die Rückzahlung verweigern, bis wir die Waren wieder zurückerhalten haben oder bis Sie den Nachweis erbracht haben, dass Sie die Waren zurückgesandt haben, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist.

Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden.

Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren. Bei Waren, die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht normal mit der Post zurückgesandt werden können, werden die Kosten auf höchstens etwa den nachstehend eingetragenen Betrag geschätzt:

450,00

EUR (nur bei nicht paketversandfähiger Ware ausfüllen)

Bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen holen wir Waren, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses zu Ihrer Wohnung geliefert worden sind und die nicht normal mit der Post zurückgesandt werden können, auf unsere Kosten ab. In diesem Fall entfällt Ihre Pflicht zur Rücksendung.

Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist.

Muster-Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück. Die Verwendung dieses Formulars ist freiwillig.

An:

Buwalda Landmaschinengroßhandel GmbH

Im Gewerbegebiet 11

26817 Rhaderfehn, Deutschland

E-Mail: info@landmaschinen-buwalda.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*) / die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*):

Waren / Vertragsgegenstand

Bestellt am (*) / erhalten am (*)

Name des/der Verbraucher(s)

Anschrift des/der Verbraucher(s)

Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

(*) Unzutreffendes streichen.